S 8 SF 1275/21 AB

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	-
Sozialgericht	Sozialgericht Konstanz
Sachgebiet	-
Abteilung	-
Kategorie	-
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Besorgnis der Befangenheit, rechtsmissbräuchliches Ablehnungsgesuch
Leitsätze	Ein Ablehnungsgesuch ist rechtsmissbräuchlich bei wiederholter Praxis des Antragstellers, einen Richter wegen der seiner Ansicht nach jeweils unzutreffenden rechtlichen Bewertungen und verfahrensrechtlichen Vorgehensweisen abzulehnen, wobei ein Anhaltspunkt hierfür die Anzahl der in früheren Verfahren angebrachten Ablehnungsgesuche bieten kann. §§ 60 SGG, 45 ZPO
Normenkette	

1. Instanz

Aktenzeichen	S 8 SF 1275/21 AB
Datum	18.06.2021

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

3. Instanz

Datum	-

Â

Â

Das Ablehnungsgesuch gegen den Richter am Sozialgericht Y vom 11.6.2021 wird als unzulässig verworfen.

Der Antrag auf Gewährung von Prozesskostenhilfe wird abgelehnt.

Â

Gründe

Â

I.

Â

Mit Schreiben unter dem 7.6.2021, Eingang bei Gericht am 11.6.2021, das mit
â 35. Befangenheitsantrag gegen Herrn Richter Y am SG Konstanz
überschrieben ist, macht der Antragsteller die Besorgnis der Befangenheit des
Vorsitzenden der 8. Kammer des Sozialgerichts Konstanz, Richter am Sozialgericht
Y, geltend. Ferner sei ihm ein Prozesskostenhilfeantrag zuzusenden.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Gerichtsakten Bezug genommen.

Â

II.

Â

Für die Entscheidung über das Ablehnungsgesuch ist vorliegend das
Sozialgericht Konstanz zuständig. Die Entscheidung über den Ablehnungsantrag
obliegt seit der Änderung des § 60 Sozialgerichtsgesetz (im Folgenden SGG)
durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und
anderer Gesetze vom 22.12.2011 ([BGBl. I S. 3057](#)) mit Wirkung zum 1.1.2012 nicht
mehr dem Landessozialgericht, sondern dem Gericht, dem der Abgelehnte
angehört, ohne dessen Mitwirkung ([§ 45 Abs. 1](#) Zivilprozessordnung (im
Folgenden ZPO)).

Nach dem Geschäftsverteilungsplan des Sozialgerichts Konstanz ist die
Vorsitzende der 9. Kammer als zweite Vertreterin von Richter am Sozialgericht Y
zuständig.

Das Ablehnungsgesuch ist rechtsmissbräuchlich und deshalb bereits unzulässig.
Ein Ablehnungsgesuch ist rechtsmissbräuchlich bei wiederholter Praxis des
Antragstellers, einen Richter wegen der seiner Ansicht nach jeweils unzutreffenden
rechtlichen Bewertungen und verfahrensrechtlichen Vorgehensweisen abzulehnen
(BSG, Beschl. v. 23.5.2018 â [B 8 SO 1/18 BH](#) (Rn. 8) â juris). Ein Anhaltspunkt
hierfür kann die Anzahl der in früheren Verfahren angebrachten
Ablehnungsgesuche sein (juris-PK-SGG /*Flint*, [§ 60 SGG](#) Rn. 146). In diesem Jahr
sind zwischen März und dem heutigen Tag über 30 Ablehnungsgesuche in
verschiedenen, z.T. bereits erstinstanzlich beendeten Verfahren gegen den
Vorsitzenden der 8. Kammer des Sozialgerichts Konstanz, Richter am Sozialgericht
Y, seitens des Antragstellers angebracht worden (s. exemplarisch SG Konstanz,

---

Beschl. v. 24.3.2021 â S 8 SF 652/21 AB; Beschl. v. 19.4.2021 â S 8 SF 629/21 AB; Beschl. v. 21.4.2021 â S 8 SF 833/21 AB; Beschl. v. 26.4.2021 â S 8 SF 860/21 AB; Beschl. v. 27.4.2021 â S 8 SF 859/21 AB; Beschl. v. 27.4.2021 â S 8 SF 857/21 AB; Beschl. v. 30.4.2021 â S 8 SF 898/21 AB; Beschl. v. 3.5.2021 â S 8 SF 881/21 AB; Beschl. v. 18.5.2021 â S 8 SF 995/21 AB; Beschl. v. 18.5.2021 â S 8 SF 996/21 AB; Beschl. v. 11.6.2021 â S 8 SF 1209/21 AB; Beschl. v. 27.5.2021 â S 8 SF 858/21 AB;Â Beschl. v. 11.6.2021 â S 8 SF 1211/21 AB sowie Beschl. v. 14.6.2021 â S 8 SF 1233/21 AB). Â Die RechtsmissbrÃuchlichkeit des Ablehnungsgesuchs wird vorliegend durch die wiederholte Praxis des Antragstellers, den Vorsitzenden der 8. Kammer des Sozialgerichts Konstanz, Richter am Sozialgericht Y, wegen der seiner Ansicht nach jeweils unzutreffenden rechtlichen Bewertungen und/oder verfahrensrechtlichen Vorgehensweisen abzulehnen, deutlich.

Das Gericht legt das Begehren, dem Antragsteller sei â(â)ein Prozesskostenhilfeantrag zuzusendenâ dahingehend aus, dass Prozesskostenhilfe beantragt wird. Der Antrag auf GewÃhrung von Prozesskostenhilfe (im Folgenden PKH) ist jedoch abzulehnen. Offen bleiben kann hier, ob der Antrag auf GewÃhrung von Prozesskostenhilfe auch im Rahmen der Entscheidung Ã¼ber das Ablehnungsgesuch zulÃssig ist. DafÃ¼r spricht, dass auch in Nebenverfahren ein Antrag auf Prozesskostenhilfe zulÃssig ist (Bayerisches LSG, Beschl. v. 9.7.2019 â [L 20 SF 12/19 AB](#) (Rn. 29) â juris mwN.); dagegen spricht jedoch, dass es sich bei einem Ablehnungsantrag um eine Prozesshandlung handelt (Mayer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt/Keller, 13. Aufl. 2020, Â§ 60 Rn. 10a) und Prozesskostenhilfe nur fÃ¼r ein ganzes Verfahren gewÃhrt werden kann (Saenger/KieÃ¼ling, 8. Aufl. 2019, [Â§ 114 ZPO](#) Rn. 8). Die Bewilligung von Prozesskostenhilfe scheitert hier aber jedenfalls daran, dass keine hinreichenden Erfolgsaussichten bestehen. Prozesskostenhilfe ist nur zu bewilligen, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet ([Â§ 73a Abs. 1 Satz 1 SGG](#) i. V. m. [Â§ 114 ZPO](#)). An einer erforderlichen Erfolgsaussicht fehlt es hier (s. o.).

Dieser Beschluss ist gemÃÃ [Â§ 172 Abs. 2 SGG](#) (Entscheidung Ã¼ber das Ablehnungsgesuch) und gemÃÃ [Â§ 172 Abs. 3 Nr. 2c\) SGG](#) (Entscheidung Ã¼ber den PKH-Antrag) unanfechtbar.

Â

X

Richterin

Â

Erstellt am: 15.09.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024